

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Westjahr 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordstraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4473.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konfordstraße 7.
Druck und Versand Joh. van Nieuwen, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4602.



Kriegsnöte, Wirtschaftsinteressen und Arbeitslöhne.

Die meisten Blatopfer in diesem Kriege haben zweifellos die beiden großen Stände, Arbeiter- und Bauernstand zu tragen. Dazu kommen die nicht kleinen Wirtschaftsoffer, die infolge der Kriegsverhältnisse den Angehörigen fast aller Stände auferlegt werden. Der gewerbliche Mittelstand wird hier in erster Reihe stehen. Einzelne Gewerbearten sind bis zu 80 Prozent stillgelegt, entweder weil der Leiter seit langem beim Heeresdienst steht, aus Rohstoffmangel oder anderen Gründen. Die wirtschaftlichen Schädigungen die der Stand der zumeist wenig kapitalkräftigen Kleingewerbetreibenden erleidet, ist groß und jedermann findet es für berechtigt, daß durch entsprechende Maßnahmen helfend dafür eingetreten wird. Als selbstverständlich nehmen es die weitesten Kreise unseres Volkes auch hin, daß der Handelsstand, die durch Mangel an Waren und verringerten Umsatz entstandenen Mindereinnahmen durch höhere Preise anfordert und auszugleichen sucht.

Diese höheren Preise, die sowohl der Erzeuger wie der Vermittler von Lebensmitteln und Waren zugebilligt erhält, muß aber der Arbeiter, der kleine Beamte genau so wie der kapitalkräftige Verbraucher zahlen. Die besser situierten Kreise, die oberen und Zwischenschichten, sind zumeist in der Lage, die erhöhten Preise entweder zu tragen oder aber abzuwälzen. „Den Leuten aber beißen die Hunde“, sagt ein Sprichwort. Das trifft insbesondere zu auf die Arbeiterschaft und die Angestellten, die in den Industriegebieten und Städten alles, aber auch alles, bis auf den letzten im Haushalt nötigen Strohalm hoch im Preise zahlen müssen, jetzt im Kriege doppelt und dreifach. Diese Preise können nichts abwälzen, sie müssen bezahlen was gefordert wird. Es gibt für sie nur einen Weg des Ausgleichs. Höhere Einnahmen, die es ermöglichen, den erhöhten Aufwand für die eigene und der Familie Lebenshaltung zu gewinnen.

Das Streben nach höherem Gehalt und Einkommen findet jedoch scharfe Gegner. Man sollte glauben, es wäre jedermann begreiflich, daß die Arbeiter und Angestellten, ebenso wie andere, im Kriege Mehrausgaben haben. Dessen ungeachtet gibt es selbst volkswirtschaftlich gebildete, ja auch in den Parlamenten tätige Politiker, die sich auf der Seite jener Unternehmer befinden, die jede Lohn- oder Gehaltsforderung von vornherein als „unmoralisch“ zurückweisen, oder ihre Gegnerlichkeit mit wirtschaftlichen Gründen, mit beschränkter Konkurrenzmöglichkeit und dergl. bemänteln. Vor allen Dingen aber wird zur Zeit versucht, jede auch noch so berechnigte Lohnforderung mit dem Hinweis auf die in der Rüstungsindustrie zum Teil für besonders anstrengende, gesundheitschädliche oder gar für die mit ständiger Lebensgefahr verbundenen Fachleistungen bezahlten hohen Löhne verwiesen.

Das ist ein unjaltbarer Einwand, der allgemein angewandt auch zur Ablehnung jeder weiteren Preisforderungen aus den Kreisen der Landwirtschaft, der Gewerbetreibenden, der Industrie und des Handelsstandes führen müßte; denn dabei befinden sich viele solche, die auch im Kriege, oder gerade aus Kriegsumständen heraus, sich außerordentlich hohe Einnahmen zu verschaffen müßten. Der Großhandel hat bei Beginn der Kriegszeit die Kriegskonjunktur kräftig auszunützen verstanden und die Industrie macht Riesengeschäfte. Damit nicht zufrieden, verlangen weite Kreise derselben die Annektion von mindestens Französisch-Lothringen, oder auch der Normandie, Länder mit großen Erzlagern, nicht nur zur Fortführung der Betriebe, oder im Interesse der allgemeinen Volkswirtschaft, sondern in der Tat doch deshalb, weil derartige Maßnahmen geeignet wären, gerade ihnen besonderen großen wirtschaftlichen Nutzen zu bringen.

Die Arbeiter und die Angestellten können sich aber nicht damit begnügen; sie haben ein Anrecht auf eine entsprechende Beteiligung an der Volkswirtschaft nicht allein dann, wenn es sich um die Leistung von Arbeit, sondern auch dann, wenn es sich um die Verteilung, um die Bezahlung der Leistung, um die Entlohnung handelt.

Wie es damit aber ausieht, sagen die zahlreichen Eingaben und Bittschriften von Beamten und Arbeitern an die Bezirksverwaltungen und Parlamente. Diese Eingaben beweisen, daß die Auslagen für die Lebenshaltung aus den Einnahmen, aus Lohn und Gehalt nicht gedeckt werden können, daß in mancher Familie große Not herrscht. Was es mit dem Geschrei über die hohen Arbeitslöhne für eine Bewandnis hat, zeigt insbesondere die soeben veröffentlichte amtliche Lohnstatistik aus den gutrentierlichen Bergbauunternehmungen. Danach erhielten die Bergarbeiter in Oberschlesien im zweiten Vierteljahr 5,26 Mark durchschnittlich für eine verfahrenre Schicht, gegen 4 M. 48 Pf. im Jahresmittel 1916. Die Saargruven bezahlten Löhne von 6,63 Mark; die Gruben im Ruhrrevier 7,57 Mark bis 7,82 Mark, gegen 6,25 und 6,44 Mark im Vorjahr. Mit diesen „hohen Löhnen“ muß der Bergmann seine Familie ernähren, Wohnung und Kleidung bestreiten, er soll sich im Interesse der Kriegswirtschaft gesund und arbeitsfähig erhalten. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist es auch bei den angeblich „hohen Löhnen“ den Arbeitern schwer durchzukommen. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß nach Ausbruch des Krieges die Arbeitslöhne sowohl wie die Gehälter der Privatangestellten zurückgesetzt worden sind.

Unter Berücksichtigung all dieser Verhältnisse, aus nationalen und wirtschaftlichen, insbesondere auch aus bevölkerungspolitischen Gründen, sollten gewisse Kritiker die Bemängelung der Arbeitslöhne endlich unterlassen. Es gibt unverdiente und nicht nötige Einkommen in diesem Kriege, deren weiteres Steigen zu verhindern am Platze ja notwendig ist. Durch die Preistreiber werden alle jene, die auf Arbeits-Einkommen angewiesen sind, notwendiger Weise immer wieder dazu gedrängt, eine höhere Entlohnung ihrer Leistungen von Rechts wegen anzustreben. S. P.

Zur Wahlreform im Reich.

Dem preussischen Landtag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der das Klassenwahlrecht beseitigt und an seine Stelle das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht setzt. Für die Arbeiterschaft ist das Zustandekommen dieses Gesetzes von größter Bedeutung, weil es ihr die Gleichberechtigung bringt mit anderen Ständen. Ueber die Verhandlungen darüber soll feinerzeit berichtet werden.

Auch im Reich steht eine Wahlreform in Aussicht. Die großen Reichstagswahlkreise sollen in mehrere Bezirke auf-

keit und die Wahl der Mandate vermehrt werden. Der Verfassungsausschuß des Reichstags hat im Mai dieses Jahres eine Entschließung gefaßt, in welcher die Vorlage eines Gesetzesentwurfes gefördert wird, daß bis zu einer allgemeinen neuen Festsetzung des Verhältnisses der Wählerzahl zu der Zahl der Abgeordneten die Wahlkreise mit besonders starkem Bevölkerungszuwachs, die ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet bilden, eine entsprechende Vermehrung der Mandate — unter Einführung der Verhältniswahl für diese — erhalten.

Das Plenum ist dieser Forderung mit großer Mehrheit beigetreten und Namens der Regierung hat Staatssekretär Dr. Helfferich erklärt: „Die Verbündeten Regierungen sind der Ansicht, daß hinsichtlich der Wahlkreise mit besonders starkem Bevölkerungszuwachs eine Neuordnung geboten ist. Die verbündeten Regierungen sind demgemäß bereit, dem Reichstag eine Vorlage zugehen zu lassen, die eine angemessene Vermehrung der Reichstagsmandate für diese Wahlkreise vorsieht. Die Vorlage wird dem Reichstag so rechtzeitig zugehen, daß die nächsten Reichstagswahlen jedenfalls bereits auf Grund dieser Änderung vorgenommen werden können; sie entspricht dem Geist der Osterbotschaft Seiner Majestät des Kaisers und Königs und wird in diesem Geist von den verbündeten Regierungen in Zusammenarbeit mit diesem Hohen Hause durchgeführt werden.“

Inwieweit die Vermehrung der Mandate und der Wahlkreise erfolgen wird, ist bei den Beratungen im Reichstag nicht festgestellt worden. Das Ansinnen, die Zahl der Mandate soweit zu erhöhen, daß auf 100 000 Seelen ein Abgeordneter kommt, die Zahl der Abgeordneten also von 397 auf rund 670 vermehrt werde, haben die Vertreter der Regierung sowohl wie die Mehrheit der Fraktionen abgelehnt. Nach den bisherigen Verlautbarungen wird es sich um eine Vermehrung um etwa 30 Mandate handeln, die auf die Wiesenwahlkreise unter Anwendung des Verhältniswahlverfahrens verteilt werden. Die Wahlkreise von Groß-Berlin werden etwa 6, Hamburg 3, München (Land) 2, Dresden, Köln, Frankfurt, Nürnberg, Stuttgart, Mannheim je einen Abgeordneten mehr erhalten. Die rhein-westfälischen Industriebezirke, Bochum, Gelsenkirchen, Essen, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg sowie Saarbrücken werden 10 Vertreter mehr in den Reichstag zu wählen haben.

Weitergehende Forderungen, Herabsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre, Gewährung des Frauenstimmrechtes, sind von den Rednern der verschiedenen Parteien bis hinüber zur äußersten Linken abgelehnt worden. Für Vermehrung der Mandate und die Anwendung der Verhältniswahl in den bezeichneten Reichstagswahlbezirken haben sich in der Sitzung vom 6. Juli sämtliche Parteitredner ausgesprochen. Die Wahlreform in dem bezeichneten Abmaße ist sonach gesichert.

S. P.

**Wollt ihr zu diesen Weihnachtszeiten
Mit wenig Geld viel Glück bereiten,
So schließt euch an, ob alt, ob jung,
Der Deutschen Volksversicherung.**

Arbeiterchaft und Kriegsentseidung.

V.

Erst wenn die Grundlagen für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger geschaffen sind, erst wenn die ausnahmsrechtlichen Zustände für die breiten Volksschichten im Staatsleben beseitigt sind, kann den Arbeitern mit Nachdruck gesagt werden: So steht euer Vaterland in der Zukunft aus! Dieses Vaterland ist es, wofür ihr zu arbeiten, zu kämpfen, zu hungern, zu frieren, zu leiden und zu bluten habt, bis ein ehrenvoller Frieden möglich ist. Dann kann auch dem Wunsch der Krieg werde nur für die Reichen und für die

Kriegsprofitmachenden geführt, mit Nachdruck entgegengetreten werden.

Mit diesen rechtlichen Veränderungen, so notwendig sie sind, kann aber das Volk während des Krieges seine dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisse nicht befriedigen. Daher muß weiter auf dem Gebiete der

Vollversorgung

geschehen, was möglich ist. Auf allen Gebieten werden Milderungen der Volksnöte allerdings nicht herbeizuführen sein. Der gesamten Bevölkerung ist klar einzuprägen, daß seit mehr als drei Jahren etwa 100 Millionen Menschen teilweise im Kriegsdienst tätig sind und teilweise für den Krieg arbeiten. Daß bei solcher Sachlage sehr viel weniger Brot, weniger Kohlen, weniger Kleiderstoffe, weniger Schuhzeug usw. zur Verfügung stehen, wie im Frieden, wo die 100 Millionen Menschen an der Befriedigung unserer Kulturbedürfnisse arbeiteten, ist selbstverständlich.

Weiter sind auch den Arbeitern verstärkt die Wirkungen klar zu machen, die dadurch eintreten, daß wir immer mehr vom Weltverkehr abgeschnitten werden, daß wir bei solcher Sachlage immer rohstoffärmer werden und daher selbst Glocken, Türknöpfe u. für den Heeresbedarf herangezogen werden müssen. Schließlich ist den Arbeitern zu sagen, daß ein Heer von vielen Millionen Köpfen ungeheure Bedürfnisse hat an Lebensmitteln, Kleibern, Schuhzeug, Holz, Metallen u. Diese Bedürfnisse gehen jenen der Zivilbevölkerung vor, sie müssen daher der Heimarmee vorenthalten werden.

Trotz dieser Tatsachen aber läßt sich noch manches zur Milderung der Volksnöte tun.

Zunächst müssen die Behörden auf dem Lande sich verstärkt und allseitig des Ernstes der Lage auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung bewußt werden; die Erfassung der Lebensmittel auf dem Lande muß in vielen Bezirken noch straffer erfolgen als seither. Die Behörden in Stadt und Land müssen sodann ein angemessenes Verhältnis zur Bevölkerung herzustellen suchen; mit kräftigen Worten und Strafvorschriften allein ist nicht auszukommen. Die Verteilungsmassnahmen in den Städten müssen vervollkommen werden, wobei auch die breiten Verbraucherschichten durch sachverständige Vertreter in stärkerem Maße heran zu ziehen sind. Weiter muß dem Kriegswucher mit dem größten Nachdruck zu Leibe gegangen werden; ebenso ist dem Schleichhandel entschieden entgegen zu wirken. Schließlich ist der Preispolitik die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. An eine Preislenkung gegenüber den hauptsächlichsten Lebensmitteln ist bis auf weiteres kaum zu denken. Im vorigen Jahre glaubte ich noch daran. Inzwischen habe ich diesen Glauben aufgegeben. Für die Arbeiter gibt es daher nur den Ausweg, daß die Löhne mit Nachdruck der Teuerung angepaßt werden. Den ärmeren Volksschichten werden entweder Teuerungszulagen gewährt, oder die hauptsächlichsten Lebensmittel zu einem verbilligten Preise überlassen werden müssen. Endlich muß die Aufklärung in Stadt und Land systematischer betrieben werden. Auf dem Lande ist der Bevölkerung zu sagen, wie die städtische Bevölkerung im vierten Kriegsjahr lebt, die städtische und Arbeiterbevölkerung ist zu überzeugen, daß manches nicht geändert werden kann.

Dann muß im Schlußabschnitt des Krieges mit großer Sorgfalt daran gearbeitet werden, ein

erträglicheres Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern

herzustellen. Die Einrichtungen des Hilfsdienstgesetzes allein reichen nicht aus, um größere Unzuträglichkeiten und Differenzen in ganzen Industrieregionen hintan zu halten. Bei den Schlichtungsstellen können nur die einzelnen Fälle, die tatsächlich passiert sind, zur Erledigung gebracht werden. Was daneben notwendig ist, ist, daß für allgemeine Konfliktsymptome in den Großstädten und Industriezentren ein Ventil geschaffen wird. Das ist nur dadurch erreichbar, daß die organisierten Arbeitgeber und Arbeiter unter dem Vorsteh eines geeigneten Beamten an einen Tisch zu gegenseitigen Verhandlungen gebracht werden. Der leitherige Herr-im-Hause

Standpunkt" der Schwerindustriellen läßt sich praktisch doch nicht aufrecht erhalten. Nach dem Kriege werden schon aus Gründen der Weltkonkurrenz größere Streiks und Aussperrungen hintangehalten werden müssen. Wenn die Unternehmer sich nicht freiwillig dazu verstehen, sich mit den Arbeiterführern auseinanderzusetzen, dann bleibt nichts anderes übrig als der gesetzliche Zwang. Dann müßten durch Arbeitskammern und den Ausbau des gewerblichen Einigungswesens entsprechende Vorkehrungen getroffen werden. Es ist daher erforderlich, daß man im Unternehmerlager im Schlußabschnitt des Krieges mit alten Anschauungen bricht und gemeinschaftlich berät, wie die Leistungsfähigkeit in der Kriegsindustrie aufrecht erhalten und möglichst weiter gesteigert werden kann.

Allgemeine Rundschau.

Die drei Einheitschuhe.

Die zunehmende Knappheit an Leder hat zur Folge, daß für die Zivilbevölkerung in Zukunft, wie bereits kurz berichtet, nur noch Einheitschuhe angefertigt werden müssen. Der Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie teilt auf Anfrage mit, daß er beschlossen habe, drei Sorten Kriegsschuhe für den Straßengebrauch bestehen zu lassen, und zwar:

1. Einen Schnürstiefel, dessen Schaft aus Gewebe mit einer schmalen Ledereinfassung hergestellt und dessen Unterboden mit einer geschnittenen Kollholzsohle und Metallbewehrung versehen ist;

2. einen Schnürstiefel, dessen Schaft aus Gewebe mit einer schmalen Ledereinfassung und mit einer gedrehten oder gefrästen Kollholzsohle und Metallbewehrung hergestellt ist;

3. einen Schnürhalbschuh und Schnürstiefel, dessen Schaft aus Gewebe mit schmaler Ledereinfassung hergestellt ist und dessen Unterboden aus einer Brandsohle, durchgehender Untersohle, die zum Teil aus Leder, zum Teil aus Ersatzmaterialien besteht, und mit einer aus Holzstäben hergestellten Schutzsohle auf der Lauffläche versehen ist.

Dieses Kriegsschuhwerk soll für Männer und Frauen, Knaben und Mädchen hergestellt werden. Zur Ersparnis von Material wurde die Schaftgröße, wie folgt, begrenzt: für die unter 1 und 2 bezeichneten Kriegsschuhwaren auf 12 bis 13 Zentimeter, für die unter 3 bezeichneten Kriegsschuhwaren für Herren auf etwa 13 Zentimeter, für Damen auf etwa 15 Zentimeter.

Ferner wurde bestimmt, daß mindestens zwei Drittel der Erzeugung in Damenschuhwaren in Halbschuhen hergestellt werden muß. Sobald die zu der in Aussicht genommenen größeren Produktion erforderlichen Materialien beschafft sind, wird mit der Produktion in größerem Umfang und beschleunigtem Tempo begonnen werden. Der Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie wird die Hersteller- und Kleinverkaufspreise für vorstehende Sorten jeweils festsetzen und durch die Presse in bestimmten Zeiträumen bekanntgeben.

Frauenarbeit in Deutschland.

Von Monat zu Monat wachsen die Zahlen der in das Wirtschaftsleben Deutschlands neueindringenden weiblichen Arbeitskräfte. Im Januar dieses Jahres zählten die deutschen Krankenkassen 3 948 349 weibliche Mitglieder; im Februar 4 211 333, März 3 996 262, April 3 667 749, Mai 4 593 482 und im Juni 4 600 651. Im Juni dieses Jahres waren somit 653 000 Arbeiterinnen mehr beschäftigt als im Januar. Im Januar waren noch 10 050 männliche Krankenkassenmitglieder mehr vorhanden als weibliche; im Juni hingegen, — bei 4 446 033 männlichen Mitgliedern — 166 000 mehr weibliche. Von den 4 600 651 weiblichen Krankenkassenmitgliedern waren 2 831 809 in Gewerbe und Industrie, 627 405 in der Landwirtschaft, 633 125 in der Hauswirtschaft und der Rest in der Hausindustrie usw. tätig. — Ueber die Tätigkeit der Arbeiterinnen in den einzelnen Gewerben, liegen umfassende Angaben nicht vor. Aus den Berichten von 63 Be-

triebskrankenkassen im Holzgewerbe ergibt sich jedoch, daß die Zahl der hier versicherten Arbeiter, wenn sie für den 1. Juni 1917 mit 100 bezeichnet wird, bis 1. September dieses Jahres auf 51,9 gesunken, die Zahl der Arbeiterinnen jedoch von 100 auf 118,8 gestiegen ist. Zweifelsohne wird die Zahl der Arbeiterinnen im Holzgewerbe auch fernerhin zunehmen, da ein äußerst starker Mangel an männlichen Arbeitskräften vorhanden ist. Standen doch bei dem der Berichterstattung ans Reichsarbeitsblatt angeschlossenen Arbeitsnachweisen, 8815 offenen Stellen für Holzarbeiter nur 4128 Arbeitsgesuche gegenüber. Die Gewinnung der im Holzgewerbe tätigen Arbeiterinnen gewinnt unter diesen Umständen für unseren Verband erhöhte Bedeutung.

Aus unserer Industrie.

Die deutsche Wollfrage.

Ueber die Verbesserung und Vergrößerung der deutschen Wollerzeugung haben auch neuerdings wiederum Verhandlungen der beteiligten Wollzüchter, sowie der Wollindustriellen stattgefunden. Jetzt liegt der Bericht über eine Sitzung, welche im Preussischen Landwirtschaftsministerium stattgefunden hat und die sich mit der Frage einer einheitlichen Landeszuchtbefähigung befaßt, vor. Aus den Beratungen ist für die Textilindustrie hervorzuheben, daß der Vertreter der Wollwarenfabrikanten darauf hinwies, daß möglichst eine einheitliche Zuchtichtung anzustreben sei, deren Erzeugnisse sich in den Qualitäten AA bis B bewegten, weil dies diejenigen Qualitäten sind, die in größerem Umfang von der deutschen Wollindustrie verarbeitet werden. Derselbe Redner sprach sich gegen einen Zoll und gegen jede Schaffung eines Wollmonopols aus. Es gebe andere Mittel, um die wollerzeugende Landwirtschaft zu unterstützen und zwar durch eine Art Verträge, die zwischen dem Reich, bezw. Staat und den beruflichen landwirtschaftlichen Organisationen abzuschließen seien. Dem Verlangen der Landwirte, für lange Jahre hindurch ständige Preise für Wollen festzusetzen, trat auch ein anderer Vertreter für Wollindustrie entgegen, umso mehr da für die Zukunft an ein erhebliches Zurückgehen der Wollpreise nicht zu denken sei. Im übrigen könne sich die Wollindustrie mit übertriebenen Wollpreisen nicht einverstanden erklären. Auch dieser Redner verworf die staatliche Bewirtschaftung, trat aber für eine Unterstützung in der Form einer hohen Prämienvergütung an die Schafzucht ein. Nach seiner Ansicht würde die Schafzucht im allgemeinen dadurch behoben werden. Ein Vertreter des Wollhandels, welcher ebenfalls das Wort nahm, machte darauf aufmerksam, daß im Gegensatz zur Industrie die AA-B-Wolle verarbeitet, die Armeeverwaltung alle Wollfeinheiten verwenden könne. Dieser Redner empfahl die Züchtung von Schafen aller Wollsorten je nach den örtlichen Verhältnissen. Von seiner Seite wurde die Möglichkeit der Schaffung von Mindestpreisen nicht in Abrede gestellt, ein Wollzoll aber ebenso wie von den anderen Vertretern der Industrie zurückgewiesen. Man könne anstatt 95% ausländischer Wolle mit einem Zoll zu belegen, besser 5% der deutschen Wolle mit einem Aufgeld gegen den Weltmarktpreis schützen. Ueber weitere Verhandlungen in dieser für die gesamte Textilindustrie so wichtigen Frage werden wir später berichten.

Ein neuer Ersatz für den Juterohstoff.

Der Mangel an Jute, welcher sich in allen europäischen Ländern geltend macht, hat in diesen Veranlassung gegeben, sich nach Ersatzstoffen umzusehen. Vielfach haben die bezüglichen Versuche bereits zu Erfolgen geführt, aber nicht nur in Europa, sondern auch in den überseeischen Ländern mit Ausnahme von Ostindien wird der Mangel an Jutematerial immer größer. Neuerdings will man wiederum eine Faser entdecken, welche den Jute-Rohstoff angeblich vollständig ersetzt. Es handelt sich um die sogenannten Sterculiacee-Faser, die sich hauptsächlich in Kuba vorfindet. Diese Faser soll die ostindische Daccajute vollständig ersetzen, sogar

noch feiner sein und vielfach dem Flachse ähneln. In Kuba hat man bereits damit begonnen, größere Spinnereien, welche Garne für Zuckertüte liefern, zu erbauen. Auch als Ersatz für Hanf soll sich diese neue Faser eignen. Weitere Nachrichten sind abzuwarten.

Weitere Verwendung der Papiergarne in der Gewebeindustrie.

Die Verwendung von Papiergarn in der Gewebeindustrie wird von Tag zu Tag größer. Jetzt wird berichtet, daß Treibriemen, welche sonst ausschließlich aus Baumwolle, Leder und ähnlichen Rohstoffen gefertigt wurden, in vorzüglicher Beschaffenheit aus Papiergarn hergestellt werden. Man berichtet, daß amtlich vorgenommene Versuche dieser aus Papiergarn hergestellten Treibriemen das Ergebnis hatten, daß sie genau so leistungsfähig wären als Treibriemen aus den vorstehend erwähnten früher verwendeten Rohstoffen.

Der internationale Juteverbrauch.

Nach den Angaben einer großen Jutesfirma in Dundee ist der infolge des Krieges abnorm hohe Verbrauch auf 9445000 Ballen zu schätzen. Er verteilt sich wie folgt: Schottland 1200000 Ballen, England 20000, Irland 25000, das europäische Festland 1230000 Ballen, davon: Frankreich 400000, Spanien 150000, Niederlande 60000, Norwegen und Schweden 90000, Rußland 100000 und Italien 300000 Ballen. Amerika und andere Länder, ausgenommen Indien, verbrauchen 750000 Ballen, Indien 6250000 Ballen. Der Vorrat an Jute wird mit den in Dundee und Kalkutta liegenden 500000 Ballen auf 8866131 Ballen geschätzt, so daß mit einem Fehlbetrage von 578869 Ballen zu rechnen ist.

Aus dem Verbandsgebiete.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Waldsee. In unserer letzten Mitgliederversammlung berichtete die Vorsitzende des Arbeiterinnen-Ausschusses, Kollegin Zeller, über die Mitteilungen, die ihr der Direktor der Seidenweberei über die Lohnzahlung gemacht hat. Darauf referierte Kollege Kammerer über die zukünftige Gestaltung der Lohnfrage in dem Betriebe. Ausgehend von den Verhältnissen die bei Gründung der Ortsgruppe vorzufinden wurden, wies er darauf hin, daß zuerst dafür gesorgt werden mußte, daß bei Ausbruch des Krieges etwa ein Jahr lang abgezogene Lohnanteile wieder zurückbezahlt wurde. Dadurch sind den Arbeiterinnen mehrere tausend Mark zurückbezahlt worden. Es kam dann die Beschlagnahme der Rohseide, durch welche die Fortführung des Betriebes ernstlich gefährdet wurde. Nachdem auch diese Gefahr glücklich überwunden ist, muß an eine Neuregelung der Löhne herangereitet werden. Nach einer Anweisung der Seidenverwertungs-Gesellschaft soll als Grundlage für die Lohnzahlung die Lohnvereinbarung für die württembergische Papiergarnindustrie gelten. Diese Löhne müssen aber auch für diejenigen Arbeiterinnen Geltung haben, welche die Restbestände der noch vorhandenen Seide aufzuarbeiten haben. Diese Regelung wurde einstimmig gutgeheißen und der Referent beauftragt, in diesem Sinne in Gemeinschaft mit dem Arbeiterinnen-Ausschuß bei der Betriebsleitung vorstellig zu werden.

Das Eisene Kreuz

Ableiten für hervorragende Tapferkeit vor dem Feinde folgende Kollegen:

Heinrich Schraffeld aus Bocholt;
Ludwig Weidemann aus Bocholt, unter gleichzeitiger Beförderung zum Gefreiten;
Robert Clever aus Barmen.

Den Kollegen zu der hohen Auszeichnung unsere herzlichsten Glückwünsche. Mögen sie gesund in die Heimat zurückkehren.

Ehren-Tafel.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland

Josef Welters aus M.-Gladbach-Windberg.
Hermann Steverding aus Bocholt.
Johann Mispelkamp aus Bocholt.
Bernhard Uebbing aus Bocholt.
Johann Niessen aus Imgenbroich.
Heinrich Brokamp aus Sassenberg.
Heinrich Koch aus Sassenberg.
Heinrich Ongsiek aus Jöllenbeck.
Theodor Neuss aus Imgenbroich.
Jakob Braun aus Korschbroich.
Bernhard Bordewick aus Borghorst.
Hermann Wilmig aus Borghorst.
Hubert Witter aus Hinsbeck.
Stephan Dickmanns aus Schaag.
Josef Eckers aus Rhede.

Wir wollen ihr Andenken in Ehren halten.
Den Familien der Gefallenen unser inniges Beileid.

Sterbe-Tafel.



Es starben die Verbandsmitglieder:

Franz Josef Jöbkes aus Hüls.
Wilhelm Genenger aus Neuwerk.
Wilhelm Lommen aus Schaag.
Heinrich Beins aus Hüls.
Ferdinand Oberheidt aus Barmen.
Mathias Goddar aus Bettrah.
Jakob Opstals aus Dornbusch.
Konrad Mertens aus Rheindahlen.
Bernhard Untiedt aus Borghorst.
Heinrich Karon aus Viersen.
Karl Nooten aus Kaldenkirchen.
Frau Schmitz aus Krefeld.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Woburg. 20. Dezember, 12 Uhr, im Lokale Weiler.
Süßeln. 23. Dezember, 10 1/2 Uhr, im Lokale Porta, Hochstraße.

Zuverlässige gewandte Frauen

können sich durch Betätigung für unsere Fürsorgeeinrichtung gute Nebenverdienstsquellen eröffnen; evtl. feste Anstellung. Meldungen erbeten an die Generalrechnungsstelle in Cöln, Bentschewall 9.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Kriegsnot, Wirtschaftsinteressen und Arbeitslöhne — Zur Wahlreform im Reich. — Arbeiterchaft und Kriegsenthebung. — **Allgemeine Rundschau:** Die drei Einheitschuhe. — Frauenarbeit in Deutschland. — **Aus unserer Industrie:** Die deutsche Wollfrage. — Ein neuer Ersatz für den Jutekohstoff. — Weitere Verwendung der Papiergarne in der Gewebeindustrie. — Der internationale Juteverbrauch. — **Aus dem Verbandsgebiete:** Berichte aus den Ortsgruppen: Waldsee — Das Eisene Kreuz. — Ehren- und Sterbetafel. — Versammlungskalender. — Inzerat.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. B. C. M. Schiffer,
Düsseldorf, Antordialstraße Nr. 7.